

Vorrang für Energieeffizienzmärkte statt ideologischer Klimaschutz!

- Die Bundesregierung sollte sicherstellen, dass Deutschland und Europa beim Klimaschutz voranschreiten. Entscheidend ist aber auch, zu welchen **Kosten für den Wirtschaftsstandort Klimaschutz betrieben wird**.
- **Grundsatz der Energie- und Klimapolitik** sollte es sein, die **Investitionsbereitschaft und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken**. Mit Blick auf die bisherige Umsetzung der Energiewende mit jährlich neuen Rekordbelastungen für Wirtschaft und Bürger muss dieses Motto beim Weißbuch Energieeffizienz mehr denn je gelten.
- Weitere Belastungen für die Wirtschaft durch ein **nationales Klimaschutzgesetz, kostspielige Einsparverpflichtungssysteme und Technologiediskriminierung**, wie im **Entwurf zum Klimaschutzplan 2050** gefordert, befeuern nur die **Deindustrialisierung** am Standort Deutschland und die **Verlagerung von CO₂-Emissionen** ins Ausland.
- Bereits **ein Viertel der deutschen Industrieunternehmen** erwägen eine mögliche **Verlagerung ihrer Betriebsstätten** ins Ausland, insbesondere weil die Belastungen der Energiewende viel zu hoch und Investitionen kaum mehr planbar sind (DIHK-Umfrage 2016).
- Stattdessen gilt es, **CO₂-Emissionen mit den geringsten Belastungen für Bürger und Unternehmen und wirtschaftlichem Sachverstand einzusparen**. Das Wirtschaftlichkeitsgebot darf nicht gegenüber ideologischem Klimaschutz aufgegeben werden.

Energieeffizienz auf die Überholspur setzen!

- Mit der Stärkung der Energieeffizienz liegt das **größte, wirtschaftlich erschließbare Potenzial** zur Einsparung von CO₂ und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit weiterhin brach.
- Trotz Schritte in die richtige Richtung bleibt die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) hinter den Erwartungen zurück.
- Um die nationalen Ziele zur Senkung des Primärenergieverbrauchs (20 Prozent bis 2020 und 50 Prozent bis 2050 gegenüber 2008) einzuhalten, ist eine **jährliche Verringerung von über 1,5 Prozent nötig**. Stattdessen ist der **Primärenergieverbrauch im vergangenen Jahr jedoch um 1,6 Prozent gestiegen**.
- Wenn wir unsere Klimaziele erreichen sowie unsere Wettbewerbsfähigkeit erhalten wollen, brauchen wir jetzt eine **marktwirtschaftliche Energieeffizienzstrategie für Investitionen und Innovationen**.
- **Der Bundeswirtschaftsminister sollte dabei aus den negativen Erfahrungen des EEG lernen**: Statt auf Staatsdirigismus, gilt es, auf technologieoffene Märkte zu setzen, um Energieeffizienz als Leitprinzip der Energiewende zu stärken.

Energieeffizienzpolitik selbst effizient gestalten!

Bestehende Energieeffizienzpolitik auf den Prüfstand stellen

- Derzeit besteht ein **undurchsichtiger Förderdschungel** aus z.T. kaum genutzten Instrumenten, der gemeinsam mit dem **hohen bürokratischen Aufwand** ein Hindernis für Investitionen darstellt.
- Alle Förderinstrumente sollten daher auf den Prüfstand, **aufeinander abgestimmt, gegebenenfalls zusammengelegt und technologieneutral ausgerichtet werden**, bevor weitere Programme aufgesetzt werden.

Ineffiziente Technologievorfestlegungen vermeiden

- **80 Prozent** des deutschen Wärmebedarfs von 900 TWh werden durch **Gas und Heizöl** gedeckt. Die **Diskriminierung von effizienter fossiler Heizwerttechnologie** durch den Klimaschutzplan 2050 gilt es zu verhindern, da hierdurch großes **Potenzial zur wirtschaftlichen und zügigen Einsparung von CO₂** leichtfertig verschenkt und der Entwicklungspfad für kostengünstige Hybrid-Technologien (Power-to-Heat) versperrt würde.
- Zudem stellte dies eine **Gefährdung der Versorgungssicherheit** dar, da insbesondere an Tagen der kalten, dunklen Flaute (Minusgrade in Kombination mit mangelnder Sonneneinstrahlung und schwachem Wind) **Erneuerbare allein den Wärmebedarf nicht abdecken** können.

Energetische Gebäudesanierung in die Breite tragen

- 40 Prozent des Primärenergiebedarfes in Deutschland entfallen auf den Betrieb von Gebäuden. Aufgrund von überzogenen staatlichen Vorgaben und der Mietpreisbremse wird aber **nur knapp ein Prozent des Gebäudebestandes pro Jahr saniert**.
- Die Einführung eines **Sanierungszwangs ist nicht zielführend**, da dieser weitere staatliche Eingriff nur zu **Ineffizienz, Attentismus und Entmündigung der Bürger** führen würde.
- Stattdessen sind **Bund und Länder in der Pflicht** in der kommenden Legislaturperiode mit der **steuerlichen Förderung von Einzel- und Gesamtmaßnahmen die energetische Sanierung in die Breite zu tragen**. Hierdurch lassen sich Folgeinvestitionen auslösen sowie Handwerk und Mittelstand stärken.
- Mindestens sollte das bestehende **CO₂-Gebäudesanierungsprogramm maximal kosteneffizient und zielgruppenorientiert ausgestaltet werden**. Dabei sollte intensiv geprüft werden, ob bei dem anhaltend niedrigen Zinsniveau die Förderung durch Kreditfinanzierung zielführend ist oder, ob die veranschlagten Fördergelder mit andern vorhandenen KfW-Instrumenten effizienter nutzbar sind.

Energieeinsparrecht vereinfachen

- Das Energieeinsparrecht ist für Planer, Handwerker, Mieter und Eigentümer **kaum mehr verständlich**. Das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz (**EEWärmeG**), das Energieeinspargesetz (**EnEG**) und die Energieeinsparverordnung (**EnEV**) sollten deshalb **noch in der laufenden Legislaturperiode zusammengelegt** werden.
- Die **überzogenen Auflagen beim Energieeinsparrecht sollten ausgesetzt werden**. Die Kostensteigerungen der EnEV 2016 (gegenüber der EnEV 2014) betragen rund 6 Prozent, bringen aber nur knapp 0,02 Prozent CO₂-Einsparungen und **verhindern die Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum**.

Qualitätsoffensive für Energieberatung anstoßen!

- Ein zentrales Hindernis für Investitionen in Energieeffizienzmaßnahmen ist das **fehlende Vertrauen von Bürgern und Unternehmen in Energieberatung**.
- Ziel muss es sein, ein **anerkanntes Berufsbild „Energieberater“** zu etablieren. Die Bundesregierung sollte hierfür noch in dieser Legislaturperiode **transparente Qualifikationskriterien für die Berufszugangsregelung gesetzlich festlegen**.
- Einen Ausschluss von Beratungsleistungen, nur aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Berufsgruppe oder einer Branche, gilt es zu verhindern.
- Die bestehenden Expertenlisten der DENA sollten zudem weiterentwickelt werden und Spezialisten für bestimmte Produktionsbereiche und Branchen ausweisen, um die **Beratungsqualität durch Ausdifferenzierung nach dem Facharzt-Prinzip** zu steigern.

Chancen der Digitalisierung für Innovationen und Investitionen ergreifen!

- Eine **digitale europäische Energieinfrastruktur**, die volatile Erzeugung mit flexibler Nachfrage vernetzt, ist dringend notwendig, um die Effizienz und Flexibilität des Energiesystems zu steigern.
- Um den Startschuss für eine grenzüberschreitende Digitalisierung zu geben, sollte der **flächendeckende Einsatz von Smart Metern mit europäischen Standards** vorangetrieben werden.
- Aufbauend auf den Erfahrungen der „Green Button Initiative“ in den USA sollte eine deutsche Initiative zur **Schaffung einer normierten digitalen Schnittstelle** aufgelegt werden, um einen einfachen standardisierten Zugriff auf Energieverbrauchsdaten zu gestatten, der höchsten Datenschutzerfordernungen genügt.
- Das Beispiel der „Green Button Initiative“, die von 60 Millionen US-Haushalten genutzt wird zeigt, dass **hierdurch die Such- und Entdeckungsfunktion von Energieeffizienzmärkten deutlich gestärkt** und **Folgeinvestitionen ausgelöst werden** können.

Erneuerbaren-Strom effizient nutzen statt abregeln!

- Mit dem Zubau der Erneuerbaren und dem schleppenden Ausbau der Stromnetze nehmen die Mengen von **ungenutztem, abgeregeltem Strom** rasant zu und betragen schon 2015 mehr als **3000 GWh**. Dies entspricht dem **Stromverbrauch von rund einer Million Haushalten pro Jahr**.
- Mit der Nutzung von Erneuerbaren-Strom in den Sektoren Industrie, Wärme und Mobilität (Sektorkopplung) lassen sich **Abregelungen vermeiden** und die damit einhergehenden **Kosten der Härtefallregelung von Bestandsanlagen reduzieren**. Dabei gilt es, durch die Schaffung von **Schnittstellen für Sektorkopplung** die Entdeckungsfunktion des Marktes zu nutzen, um **Power-to-X-Technologien kostenneutral voranzubringen**.
- Zusatzerlöse aus dem Vertrieb von andernfalls abgeregeltem Erneuerbaren-Strom sollten mindestens zur Hälfte dazu genutzt werden, Härtefallkosten für Bestandsanlagen abzusenken. Investitionen müssen dabei unternehmerisches Risiko bleiben.